

GERHARD SCHWARZ

Marktwirtschaftliche Reform und Demokratie - Eine Haßliebe?

Überlegungen zur Interdependenz der Ordnungen beim Übergang von der Kommando- zur Wettbewerbswirtschaft

I. Das Spannungsverhältnis von Marktwirtschaft und Demokratie

1. Die These von der Komplementarität...

Im Laufe des Novembers 1989 kam es in Prag immer wieder zu Prorestkundgebungen. Gegen Ende des Monats versammelten sich mehrmals mehr als 200000 Mensch auf dem Wenzelsplatz mit jenem Ruf, den man im westlichen Teil Europas "nur noch von der Theaterbühne herab zu vernehmen gewohnt ist und dessen Pathos man darum gerne belächelt: Freiheit!" (Oplatka, 1989, S. 1). Am 27. November verließen Millionen von Tschechoslowaken mit einem landesweiten Generalstreik ihrer Forderung Nachdruck. Am 28. November legte das "Bürgerforum", die Dachorganisation all Op-

positionsgruppen, in einem Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten Adamec ein Sieben-Punkte-Programm vor, dessen zentrale Forderungen die Schaffung eines demokratischen Staates und die Aufgabe der zentralen Planwirtschaft zugunsten eines marktorientierten Systems darstellten. Doch nicht nur in Prag, auch in Warschau Ostberlin, Budapest, Sofia und Bukarest waren die Ziele der friedlichen Revolutionen die gleichen: Aufbau einer Freien politischen Ordnung - was noch vor drei Jahren als ein Ding der Unmöglichkeit erschienen wäre - und gleichzeitig Einführung eines freiheitlichen Wirtschaftssystems, also einer Marktwirtschaft.

Damit schien sich einmal mehr die These von der Unteilbarkeit der Freiheit bewahrt zu haben, von der "Freiheit als einem Ganzen" (Friedman und Friedman, 198 S. 68). Die im wirtschaftlichen Bereich schon des längeren keimenden Reformbewegungen ließen sich offensichtlich nicht vom politischen Bereich fernhalten - die Ereignisse im Juni 1989 in China hatten blutiges Anschauungsmaterial geboten für den Versuch, dies doch zu tun - und die Menschen hinter dem niedergerissenen Eisernen Vorhang wollten nicht nur mehr Markt oder mehr politische Rechte, sie wollten beides. Marktwirtschaft und Demokratie also eine Liebe?

Die Idee, daß Marktwirtschaft und Demokratie gewissermaßen ein Kuppelprodukt darstellen und zusammengehören wie Zwillinge (vgl. Informedia-Stiftung, 1989), ist uns vor allem im deutschen Sprachraum so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir sie oft etwas unreflektiert und undifferenziert äußern. Wir tun dies wohl nicht zulerzt deshalb, weil die These von der Komple-

mentarität der beiden Ordnungen unserem Harmoniebedürfnis entspricht und weil sie für einen Liberalen so außerordentlich bequem ist. Im folgenden soll indessen von diesem bequemen Pfad etwas abgewichen und die Konfrontation mit einigen zum Teil unangenehmen intellektuellen Fragen gesucht werden. Daß dabei nicht mit ungeteiltem Beifall zu rechnen ist, liegt auf der Hand. Selbstverständlich erfolgt die Auseinandersetzung ohne Anspruch auf Vollständigkeit und sie erfolgt auch nicht ganz ohne Übertreibung, getreu dem Grundsatz, daß vieles nur durch künstliche Vergrößerung sichtbar wird (vgl. Kirsch, 1990, S. 24f.). Diese Übertreibung besteht allein schon darin, daß wir uns im folgenden immer wieder mit ordnungstheoretischen Idealtypen - man könnte auch sagen: Extremformen auseinandersetzen, die es so in der Wirklichkeit nicht gibt.

In ihrer wissenschaftlichen Fundierung beruht die These von der Komplementarität von Marktwirtschaft und Demokratie hauptsächlich auf den Arbeiten der ordoliberalen Schule, und hier an erster Stelle auf den Schriften von Walter Eucken, der seinerseits auf schon früher von Schumpeter (1942) und Hermens (1941) formulierte Gedanken zurückgreifen konnte (vgl. Kaltefleiter, 1990, S. 12). Zugrunde liegt ihr die Vorstellung, daß der Machtbegrenzung im politischen Bereich durch Volkswahl und Rechtsstaatlichkeit die Machtbegrenzung im wirtschaftlichen Bereich durch die Sicherung des Wettbewerbs entspricht. Nach der Auffassung Euckens besteht nicht eine einseitige Abhängigkeit der übrigen Ordnungen von der Wirtschaftsordnung, sondern eine wechselseitige Abhän-

gigkeit, also das, was unter dem von ihm geprägten Schlagwort von der Interdependenz der Ordnungen Eingang in die ordnungstheoretische Literatur gefunden hat. Dementsprechend sei der Aufbau der verschiedenen Ordnungen in einem Zuge vorzunehmen, insbesondere der Aufbau der Wirtschafts- und der Staatsordnung. Für den Vater der Freiburger Schule ist diese Erkenntnis "eine Voraussetzung für das Verständnis der Probleme sowohl der Wirtschaftspolitik als auch der Rechts- und Staatspolitik der Gegenwart" (Eucken, 1990, S. 183). Ausgehend von Eucken haben seine neoliberalen Mitstreiter und Schüler immer wieder die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen einer wettbewerblich verfaßten Wirtschaftsordnung und einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung betont. Dementsprechend finden sich ähnliche Aussagen wie bei Eucken bei zahlreichen anderen Autoren. So spricht Alexander Rüstow (1963, S. 221) von "zwangsläufigen Interdependenzen, zwangsläufigen wechselseitigen Zuordnungen und Abhängigkeiten" zwischen Wirtschafts- und Staatsform, Alfred Müller-Armack (1976, S. 238), betont die "innere Übereinstimmung" der Teilordnungen, und der Architekt des bisher bedeutsamsten wirklich geglückten ordnungspolitischen Experiments der Geschichte, der deutschen Wirtschafts- und Währungsreform, Ludwig Erhard (1988, S. 1016), fordert: "Staatliche Ordnung und wirtschaftliche Ordnung müssen in den Ordnungsprinzipien übereinstimmen, wenn sie nicht ihre eigene Existenz in Frage stellen wollen. Eine auf politischen Zwang und politischer

Unfreiheit aufgebaute Staatsordnung ist mit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung schlechthin unvereinbar."

2. ... und die Antithese von der Antagonie

Doch hält die These von der "Interdependenz der Ordnungen" wirklich dem empirischen Test stand? Hat sie nicht letztlich den Wunsch zum Vater des Gedankens? Hätten wir Liberale nicht einfach gerne, daß es so ist, und ist die "Interdependenz" daher nicht eher normativ denn deskriptiv zu verstehen? Als solche normative Aussage ist sie gewiß voll zu unterschreiben, denn welcher freiheitsliebende und freiheitsgläubige Mensch wollte nicht wirtschaftliche und politische Freiheit zugleich anstreben - zugleich hier in einem inhaltlichen und in einem zeitlichen Sinn verstanden. Als Aussage über die Wirklichkeit, wie sie ist, sind an der These von der Interdependenz aber doch einige Zweifel angebracht. Zu viele Beispiele aus der - älteren und jüngeren - Geschichte scheinen sie jedenfalls zu widerlegen.

So blicken die meisten OECD-Staaten - die einzigen Ausnahmen dürften die USA, Großbritannien und die Schweiz sein - keineswegs auf eine lange demokratische Tradition zurück. Dementsprechend erfolgte ihr Aufstieg zu Wohlstand und einer modernen Wirtschaftsordnung denn auch unter durchaus autoritären Auspi-

zien. Man denke nur an Deutschland unter Bismarck oder an das Meiji-Regime in Japan. Verdankt ferner nicht Chile seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum, ja zu dem wirtschaftspolitischen Modellfall Lateinamerikas, einer brutalen Militärdiktatur? Und widerlegen schließlich nicht insbesondere die vier Tiger Südostasiens, Hongkong und Singapur, Südkorea und Taiwan, die These von der Harmonie von Marktwirtschaft und Demokratie genauso wie - mit umgekehrten Vorzeichen - Indien, Sri Lanka und die Philippinen?

Stellt man sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob eine Wirtschaftsordnung mit niedrigen Steuern, einem ausgeglichenen Staatshaushalt und der Finanzierung öffentlicher Leistungen durch Benützergebühren - wie dies alles in der Kronkolonie Hongkong weitgehend gegeben ist - in einer Demokratie überhaupt möglich wäre, so kommt man vermutlich zu einer negativen Antwort. Als Umkehrschluß ergibt sich daraus die provokative Überlegung, daß möglicherweise gerade das Fehlen von Demokratie, zumindest das Fehlen von freien Wahlen, die Marktwirtschaft in diesem Fall begünstigt und daß das Fehlen von freien Wahlen erst recht für den Übergang zur Marktwirtschaft von Vorteil sein kann. Es fällt jedenfalls vermutlich schwer, Beispiele zu finden, bei denen die Einführung von Marktwirtschaften in vormals weitgehend kollektiven Wirtschaftsordnungen ohne die Hilfe eines autoritären Regimes erfolgte. Damit ist nicht gesagt, daß ein autoritäres Regime in solchen Transformationsperioden für die Marktwirtschaft hinreichend, sondern lediglich, daß es notwendig wäre. Es muß dann im-

mer noch von der richtigen Persönlichkeit "ausgefüllt" werden. Aber jedenfalls wäre wohl selbst Erhard chancenlos geblieben, hätte er bei seiner Währungs- und Wirtschaftsreform nicht einerseits die Machtbasis der Alliierten hinter sich gewußt und andererseits in einem gewissen Sinne eine an einen Diktator gemahnende Machtfülle besessen. Allein in seiner eigenen Partei waren die Widerstände gegen sein radikales Konzept so groß - von der sozialistischen Opposition ganz zu schweigen -, daß der parlamentarische Prozeß wohl mit Sicherheit das deutsche Wirtschaftswunder (das eben keines war, sondern den Erhardschen Reformen zu verdanken war) verhindert hätte. Zur legalen Basis seiner Macht gehörte dabei nicht zuletzt das sogenannte Leitsatzgesetz vom 24. Juni 1948, ein eigentliches Ermächtigungsgesetz, das die Kompetenz für Maßnahmen, deren Grundsätze in einer Anlage beschrieben waren, vom Wirtschaftsrat der Bizone auf den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft übertrug. Es handelte sich also um eine Kompetenzverlagerung auf eine dann von parlamentarischen Rücksichten befreite Behörde, der zum Glück der richtige Mann vorstand (vgl. Borchardt, 1992).

Diese Erkenntnis ist gewiß nicht neu, sie wird aber gerne verdrängt. Krisensituationen zwingen dann aber oft doch dazu, sich mit ihr auseinanderzusetzen. So kommt es nicht von ungefähr, daß in der Sowjetunion vor dem mißlungenen Putsch vom 19. August dieses Jahres von zahlreichen Intellektuellen laut und durchaus substantiell über die Notwendigkeit des Autoritarismus nachgedacht wurde, und zwar keineswegs bloß von "Linkskonservativen",

also jenen Kräften, die dann den Putsch mitgetragen haben. Auch in China fand zwischen 1986 und 1989 vor allem unter jüngeren Denkern eine lebhafte Debatte über "Neuen Autoritarismus" statt. Schließlich belegte die Diskussion über Sondervollmachten für die politische Regierung ebenfalls, wie wenig man offenbar mit demokratischen Mitteln mit dem Reformprozeß zu Rande kommt. Marktwirtschaft und Demokratie also eine unverträgliche, eine feindliche Beziehung?

II. Interdependenz Revisited - Das Zusammenspiel von Wirtschafts- und Staatsordnungen als Kreislauf

Näheres Hinsehen zeigt somit, daß die These von der Interdependenz, sofern sie mehr als eine Forderung sein soll und sofern sie überhaupt Gültigkeit hat, bestenfalls in groben Zügen stimmt, und daß es viele Einzelfälle und zahlreiche Details gibt, in denen sie nicht stimmt. Die These bedarf also in mehrfacher Hinsicht der Differenzierung und der Relativierung. Das soll hier (vgl. dazu vor allem Schwarz, 1990) versucht werden, um damit die Basis für die nachfolgenden Überlegungen über den Zusammenhang von wirtschaftlicher und politischer Ordnung im Transformationsprozeß ehemaliger kommunistischer Staaten zu legen.

1. Relativierung

a) Relativierung mit Bezug auf die Definitionen

So mag die These von der Interdependenz zunächst in ihrer allgemeinen Formulierung durchaus einleuchtend wirken (vgl. Jöhr und Schwarz, 1980, S. 12ff.), doch dies nicht zuletzt, weil sie

ohne genauere Konkretisierung fast ein wenig ein Gemeinplatz ist (vgl. Kleinewefers, 1988, S. 68). Marktwirtschaft und Demokratie sind nämlich sehr dehnbare Begriffe. Es genügt denn auch, die Wirtschaftsordnung und die politische Ordnung mit je zwei Kriterien zu definieren, um die Interdependenz zu relativieren (vgl. Greenwood, 1988). Wenn man beispielsweise auf der ökonomischen Seite die Eigentumsordnung (kollektiv oder individuell) sowie die Preisbildung und ihre Regulierung (Plan oder Markt) anstatt bloß den Koordinationsmechanismus allein zur Begriffsbildung heranzieht und auf der politischen Seite desgleichen die Rechtsstaatlichkeit (Sicherung gegenüber möglichen Übergriffen des Staates = rules of law) und das Wahlsystem (Mitbestimmung und Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürger) anstatt nur das Mehrheitsprinzip, dann erhält man vier mögliche ökonomische und vier mögliche politische Systeme. Es versteht sich von selbst, daß bei so vielen Kombinationsmöglichkeiten auch die Interdependenz zwischen wirtschaftlichem und politischem System aufgelöst wird. So weitgehend marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnungen wie jene Hongkongs oder Chiles unter Pinochet gehen nicht einher mit entsprechend weitgehenden demokratischen Ordnungen: im ersten Fall fehlen die freien Wahlen, im zweiten weitgehend auch die Rechtsstaatlichkeit. Andererseits sind wirtschaftssystemische Mischformen wie jene Frankreichs unter Mitterand (vgl. Schwarz, 1983) oder Österreichs ganz offensichtlich vereinbar mit stark ausgebauten Volksrechten und Rechtsstaatlichkeit.

b) Relativierung mit Bezug auf die Zahl der Teilordnungen

Milton und Rose Friedmans (1980, S. 68) etwas plakative These von der Freiheit als einem Ganzen bringt zum Ausdruck, daß vielfältige Wechselwirkungen zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bestehen und nicht nur Abhängigkeiten und Verknüpfungen, zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen System. Einzubeziehen, sind also, insbesondere auch das Soziale und das Kulturelle. Dadurch muß die Interdependenz von Land zu Land anders ausfallen. Um es etwas überspitzt zu sagen: Die Franzosen oder die Italiener sind eher in der Lage, Marktwirtschaftler und Etatisten in einem zu sein als die Deutschen. Vielleicht ist es symptomatisch, daß die These von der Interdependenz der Ordnungen aus dem deutschen Kulturraum stammt. Gerade die südostasiatische Erfahrung legt außerdem nahe, daß zwar die wirtschaftspolitischen Rezepte für Erfolg weltweit etwa die gleichen sind, daß aber die Fähigkeiten der Regierungen, diese Rezepte auch umzusetzen, von Land zu Land unterschiedlich sind, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der kulturellen Unterschiede. So könnte es sein, daß im konfuzianischen Asien vielleicht ein autoritäres Regime das einzige Richtige ist, um eine Marktwirtschaft aufzubauen - und in Europa nicht.

c) Relativierung mit Bezug auf die Enge der Interdependenz

Wenn, sobald etwas detailliertere Definitionen gewählt werden, sofort eine Fülle von Kombinationen zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Ordnung möglich wird, wenn ferner in der Realität zahlreiche Mischsysteme bestehen und wenn außerdem die Wechselwirkungen durch die kulturelle Komponente zusätzlich angereichert werden, liegt die Vermutung nahe, daß die Interdependenz im besten Fall eine sehr lockere ist und nur Extremkombinationen ausschließt. Sie ist somit keine enge und unauflösliche Ehe, wie die Schlagworte wie "Markt ist Freiheit" suggerieren, sondern höchstens eine relativ lockere Verbindung.

d) Relativierung mit Bezug auf Symmetrie der Interdependenz

Wenn Marktwirtschaft und Demokratie nicht zwingend zueinander gehören, sondern bestenfalls zueinander passen, eröffnet sich erst recht die Möglichkeit, daß in dieser Beziehung ein Element dominant ist. In den ehemaligen Comecon-Staaten wurde, zurückgehend auf Lenin, beispielsweise stets das Primat der Politik in Beziehung zur Ökonomie betont. Mit Blick auf die oben angeführten vier Kriterien eines liberalen Systems und aufgrund von Erfahrungen von Südostasien kommt Greenwood (1988) zum

Schluß, daß für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes Rechtsstaatlichkeit wichtiger ist als freie Wahlen und Privateigentum wichtiger als freie Märkte. Letzteres hat vor allem damit zu tun, daß Privateigentum auf Dauer eine der besten institutionellen und interessenpolitischen Sicherungen gegen zu viel Interventionismus und gegen den Abbau von Rechtsstaatlichkeit darstellt.

2. Thesen zur Verknüpfung von Wirtschafts- und Staatsordnung

Überlegen wir uns anhand dieser Beobachtungen nun, wie Marktwirtschaft und Demokratie oder genauer wie wirtschaftliche und politische Ordnung zusammenhängen, so kommen wir zu einigen überraschenden theoretischen Einsichten.

a) Logische Verknüpfung

Wenn Marktwirtschaft und Demokratie nicht notwendigerweise zusammenfallen und wenn wir der Einfachheit halber die Marktwirtschaft als Ordnung von Privateigentum und freier Preisbildung, also als Ganzes auffassen - und analog dazu die Demokratie als

Kombination von Rechtsstaatlichkeit und freien Wahlen -, dann sind logisch vier Extremkombinationen denkbar:

- Marktwirtschaft + Demokratie
- Marktwirtschaft + Autoritäres Regime
- Planwirtschaft + Autoritäres oder Totalitäres Regime
- Planwirtschaft + Demokratie

Die ersten drei Kombinationen sind alle denkbar und auch in der Realität beschreiben. Die letzte Kombination ist in dieser strikten Form dagegen nicht realistisch, es sei denn, man wolle den Trend zu immer mehr (Wohlfahrts-)Staat in den westlichen Demokratien zumindest von der Tendenz her in diese Kategorie einordnen. Aber von dieser Zusammenstellung lassen sich nun einige Grundsatzüberlegungen ableiten, die vor allem mit Blick auf die Transformationsprozesse im Osten und Süden des alten Kontinents von Bedeutung sind:

aa. Es gibt keine Demokratie ohne Marktwirtschaft. In der Sprache der Logik heißt dies, die Marktwirtschaft ist notwendig für die Demokratie und die Demokratie hinreichend für die Marktwirtschaft. Dies gilt zumindest für die Neuzeit, in ihr dürften sich schwerlich Beispiele für Demokratien, die nicht auch Marktwirtschaften sind, finden. Die Demokratie wäre somit wirtschaftlich determiniert und die genannten Reformstaaten wären falsch beraten, wenn sie sich allein auf die Festigkeit der politischen Freiheiten konzentrierten. Sie brauchen die Marktwirtschaft als unverzichtbare Basis des begonnenen Befreiungswerkes.

bb. Es gibt keine Planwirtschaft ohne autoritäres Regime. Die Planwirtschaft ist also hinreichend für ein solches undemokratisches Regime. Sie ist somit im Gegensatz zur These Schumpeters politisch determiniert. Umgekehrt ist ein autoritäres oder sogar totalitäres Regime notwendig für Planwirtschaft.

cc. Demokratiedefizite können in beiden Wirtschaftsordnungen auftreten. Totalitäre Regime sind somit nicht wirtschaftlich determiniert.

b) Ursächliche Verknüpfung

Mit Blick auf die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa ist vor allem auch die ursächliche Dimension der Interdependenz der Ordnungen von Interesse. Häufig wird die Interdependenz als Einbahnstraße verstanden, als positive Verkopplung in dem Sinne, daß bestimmte Ordnungsformen miteinander harmonisch sich gegenseitig begünstigen. Umgekehrte Proportionalitäten, also gegenläufige Tendenzen, werden dagegen ausgeklammert, insbesondere die heiklen Fragen, die Demokratie mit der Zeit die Marktwirtschaft aushöhlt und ob es zur Einführung Marktwirtschaft ein autoritäres Regime braucht.

Die zweite Frage dürfte, wie bereits angedeutet, mit Ja zu beantwortet sein. Sie wird uns im folgenden noch ausführlich beschäftigen. Auf die erste Frage hat im Prinzip Hayek schon in sei-

nem "Weg zur Knechtschart" (1952) eine positive Antwort gegeben. In der Tat ist in den Demokratien des Westens, wie es Hayek befürchtet, in der Nachkriegszeit ein Trend zu einem ständig sinkenden Anteil individueller Verfügungsgewalt am Volkseinkommen zu beobachten gewesen. Ursache dafür dürfte eine verhängnisvolle Kompromißorientierung der meisten politischen Verfassungen des Westens sein, die zu einem Circulus vitiosus von Ansprüchen an den Staat führt. Obwohl wir die Demokratie als hinreichende Bedingung der Marktwirtschaft erkannt haben, garantiert sie keineswegs wenig Staat, freie Märkte, niedere Steuern und die Sicherung privater Eigentumsrechte, sondern sie weist offenbar Mechanismen auf, welche zur Unterminierung der Marktwirtschaft führen. Schon Montesquieu und de Tocqueville haben vor den Gefahren unbegrenzter Demokratie gewarnt, und den Ökonomen ist die Tendenz zu mehr Staat vom Gesetz bekannt, das der Kathedersozialist Adolph Wagner im letzten Jahrhundert formuliert hat.

c) Zeitliche Dimension

Verbunden damit ist eine dritte, nämlich die zeitliche Dimension. Die These von der Interdependenz ist eigentlich ahistorisch in dem Sinne, daß in ihr das zeitliche Element fehlt. Die Beobachtung der Wirklichkeit legt jedoch die Vermutung nahe, daß das Zusammenspiel von politischer und wirtschaftlicher Ordnung ab-

hängig ist von den Zeitumständen, daß es in diesem Zusammenspiel ein Auf und Ab gibt. Was damit gemeint ist, soll an einer Übertragung des Zyklus der Verfassungen des Polybios auf Fragen der Interdependenz verdeutlicht werden. Dabei soll in keiner Weise einer bestimmten Geschichtsphilosophie das Wort geredet werden. Vielmehr versteht sich der Kreis als ein heuristisches und didaktisches Hilfsmittel.

Der Zyklus der Verfassungen des Polybios

Der griechische Geschichtsschreiber Polybios (geb. vor 200 v. Chr., gest. nach 120 v. Chr.) hat ein berühmtes Geschichtswerk, die "Historien", verfaßt, das unter anderem dem "Livius" zugrunde liegt. In einem der berühmtesten Teile der Historien, der Schilderung der römischen Verfassung in Buch 6 (1961/63, insbesondere S. 525 ff.) stellt Polibios folgenden Zyklus der Verfassungen dar:

aa. Zu Beginn steigt nach Naturkatastrophen - oder anderen Formen der totalen Zerstörung - der Stärkste und Mutigste zum Führer auf (Alleinherrschaft).

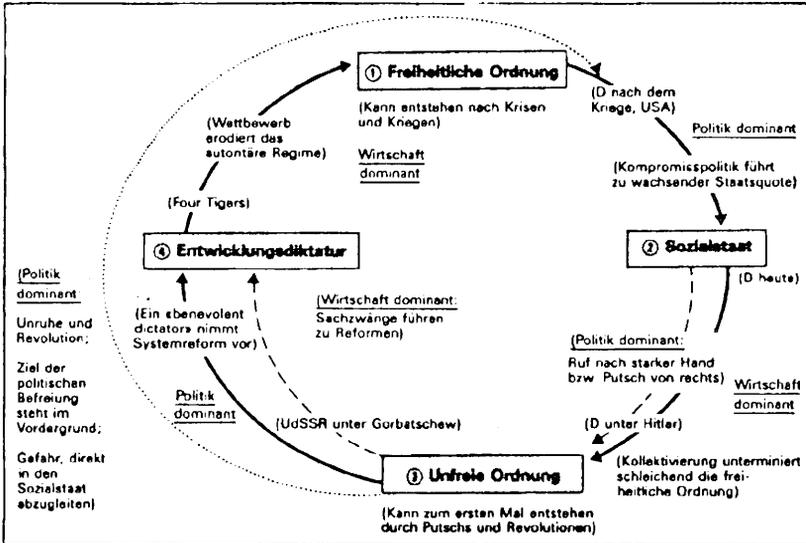
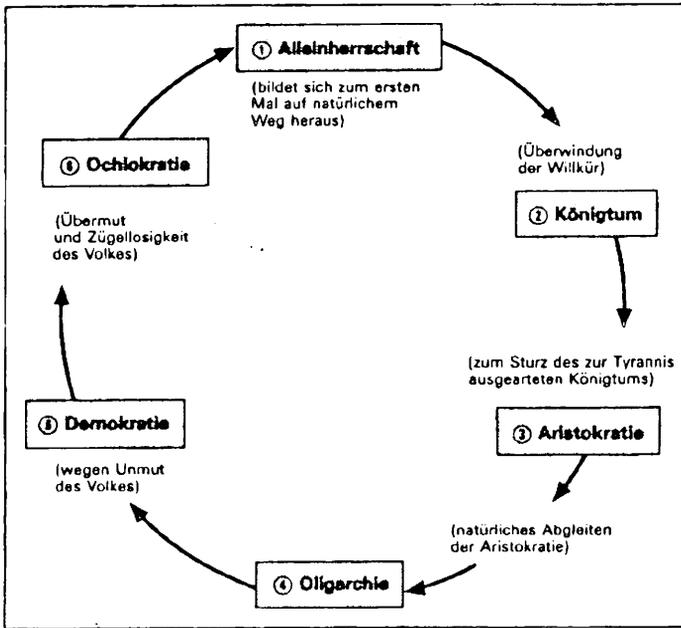
bb. Diese Willkürherrschaft wird - ohne wirtschaftliche Ursache, - allein durch Herausformung des Begriffes des Guten und des Bösen überwunden. Es kommt zum Königtum.

cc. Das wirtschaftliche Wohlergehen verleitet die Könige, sich Privilegien herauszunehmen. Die Aristokraten überwinden das zur Tyrannis ausgeartete Königtum (Aristokratie).

dd. Reichtum und Macht korrumpiert auch die Söhne der ersten Aristokraten. Sie mißbrauchen die Macht und es kommt zur Oligarchie.

ee. Das Volk steht nun gegen die Oligarchen auf und verläßt sich auf sich selbst. So entsteht die Demokratie.

ff. Die Enkel wiederum - und hier vor allem die Reichen -, die weder die negativen Seiten des Königtums noch die Entartungen der Aristokratie erlebt haben, mißbrauchen ihre Freiheit. Es kommt zur "Vertierung" der Masse, zur Herrschaft der Gewalt, zu einer entarteten Demokratie (Ochlokratie), aus der schließlich wieder ein neuer Alleinherrscher als Retter hervorgeht.



Der Zyklus von Marktwirtschaft und Demokratie

In Anlehnung an diesen Kreislauf des Polybios kann man nun auch einen Kreislauf der Wirtschafts- und Staatsordnung entwickeln, der die These von der Interdependenz differenziert und in einen zeitlichen Zusammenhang stellt.

Der "Zyklus interdependenter Ordnungen", wie man ihn nennen könnte, weist zwar eine zeitliche Dimension auf, hat aber eben-

falls keine genaue Zeit "eingebaut". Einzelne der dargestellten Phasen können also sehr kurz, andere dagegen Jahrzehnte dauern. Der Kreislauf darf auch nicht als zwingend interpretiert werden, sondern als mögliche Tendenz. Was der Kreis vor allem zeigen will, ist, daß sich die Interdependenz der Ordnungen von Entwicklungsphase zu Entwicklungsphase unterschiedlich darstellt und daß die lange in Mode stehende Konvergenz beispielsweise schlicht und einfach daraus entstehen kann, daß sich ein Land langsamer aus dem Kreis fortbewegt als ein anderes. Deutlich wird auch die Möglichkeit, daß mit der Zeit die Verhältnisse auf den Kopf gestellt werden und die einst unfreien Länder sich in der oberen Hälfte des Kreises befinden, die noch freien westlichen Länder dagegen in der unteren Hälfte.

Die einzelnen Abschnitte lassen sich etwa folgendermaßen interpretieren:

aa) Eine freiheitliche Ordnung in Wirtschaft und Politik kann nach Kriegen und Krisen entstehen. Das beste Beispiel ist die Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege. Wir können von einer Kombination von Marktwirtschaft und Demokratie sprechen.

bb) Mit der Zeit führen die der Demokratie eigene Kompromißpolitik und wechselnde Mehrheiten, zu einem Wachstum der Steuer- und Sozialabgabenquote. In dieser Phase der Entwicklung ist die Politik dominant. Sie höhlt die wirtschaftliche Freiheit aus. Als Theoretiker dieser Entwicklung wäre etwa Buchanan zu nennen, aber in einem gewissen Sinne auch Schumpeter.

cc) Die Kollektivierung im wirtschaftlichen Bereich unterminiert mit der Zeit immer mehr auch die politische Freiheit. Wo die individuelle Verfügungsgewalt in wirtschaftlichen Dingen eingeschränkt ist, geht auch die Demokratie kaputt. Es ist die Entwicklung, die Hayek in seinem "Weg zur Knechtschaft" (1952) beschrieben hat und in der wir uns möglicherweise befinden. Dominant ist hier der wirtschaftliche Bereich, der den politischen Bereich ansteckt. Die wachsende Kollektivierung der Wirtschaft kann auch zum Ruf nach einer "starken Hand" oder zu einem Rechtsputsch führen. Ein Beispiel wäre vielleicht der Putsch Pinochets gegen Allende. Bei einer solchen Entwicklung wäre wieder eher die Politik dominant.

dd) Beide Entwicklungen führen in eine unfreie Ordnung sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik, also zu einer Kollektivwirtschaft und einem autoritären, wenn nicht totalitären Regime. Grundsätzlich kann eine solche Ordnung der Unfreiheit, die nun hinsichtlich ihrer Interdependenz wieder ganz der Vorstellung Eucens entspricht, auch aus Revolutionen heraus entstehen. Man kann den Zyklus also an dieser Stelle zu lesen beginnen. Auch unfreie Ordnungen sind aber nicht auf Dauer stabil, obwohl sie sich, wie die Geschichte zeigt, mittels Gewalt und Unterdrückung während Jahrzehnten halten können.

ee. Eine mögliche Weiterentwicklung ist, daß sich ein Diktator herausbildet, der im wirtschaftlichen Bereich ein Befreiungswerk versucht. Beispiele wären Chile in den späteren Pinochet-Jahren,

möglicherweise aber auch Gorbatschow. Der Impuls würde hier von der Politik ausgehen. Man kann gerade die Entwicklung in der UdSSR unter Gorbatschow auch anders interpretieren, nämlich dahingehend, daß die wirtschaftlichen Sachzwänge mit der Zeit so groß werden, daß sich das totalitäre oder autoritäre Regime gezwungen sieht, Wirtschaftsreformen durchzuführen, ohne jedoch am politischen System etwas ändern zu wollen. Auch China ist hierfür ein Beispiel.

ff. Am Ende beider Entwicklungen stünde eine marktwirtschaftliche "Entwicklungsdiktatur", oder - vereinfacht gesagt - die Kombination eines autoritären Regimes mit einer Marktwirtschaft. Die Entwicklungen in Osteuropa zeigen, daß der Ausweg aus der unfreien Ordnung auch von unten her ("Wir sind das Volk") erzwungen werden kann. Dann steht das Ziel der politischen Befreiung im Vordergrund, während oft auf die Besitzstände im Sozialen und Wirtschaftlichen nicht verzichtet wird. Es besteht somit die Gefahr, daß man nicht nur die Phase der "Entwicklungsdiktatur" umgeht, sondern auch jene der freiheitlichen Ordnung und direkt im übertriebenen Sozialstaat landet - womit der Weg zurück zu einer neuen unfreien Ordnung nicht mehr weit wäre.

gg. Die Kombination von Autoritarismus und Marktwirtschaft ist auf Dauer nicht haltbar. Die Menschen, die gewohnt sind, im wirtschaftlichen Bereich frei und selbstverantwortlich zu agieren, wollen mit der Zeit auch politische Rechte. Das autoritäre Regime erodiert aufgrund der Freiheitlichkeit und des Wertewerbs in der

Wirtschaft. Die "vier Tiger" in Südostasien befinden sich in dieser Phase.

hh. Damit kommt es zu jener idealen Verbindung von Freiheit im wirtschaftlichen Bereich und Freiheit im politischen Bereich, die leider weitgehend ein Ideal bleiben muß, weil sie genauso unstabil zu sein scheint wie die übrigen Ordnungskombinationen.

III. Welcher Staat für den Systemwechsel?

Die hier angestellten Überlegungen zeigen wohl in aller Deutlichkeit, wie komplex die Beziehungen zwischen politischer und wirtschaftlicher Ordnung sind. Und wegen dieser Komplexität stellt sich überhaupt erst die Frage, unter welchem politischen Regime der Übergang vom Plan zum Markt möglich oder zumindest leichter und dauerhafter möglich ist. Ein zu einseitiges, plakatives Verständnis von der Interdependenz blendet dagegen diese Frage von vornherein aus. Wenn sich - auch für eine kurze Frist und auch in besonderen Übergangs- und Krisensituationen - Marktwirtschaft und Demokratie schlicht nicht "auseinanderdividieren" lassen, wie wir normalerweise geneigt sind anzunehmen, dann stellt sich die Frage einer anderen als der demokratischen Ordnung beim Übergang zur Marktwirtschaft und einer anderen als der wettbewerblichen Ordnung beim Übergang zur Demokratie schlicht und einfach nicht. Dementsprechend wissen wir zwar wenigstens - obwohl die Wissenschaft die Frage des Systemumbaus bis 1989 stark vernachlässigt hat - welches die Eckpfeiler eines wirtschaftlichen Systemumbaus sein müssen, nämlich freie Preisbildung, offene Märkte, privates Eigentum und gesundes Geld. Aber wie und mit welcher politischen Ordnung diese Pfeiler zu erreichen sind, das bleibt in der Literatur weitgehend unbehandelt oder wird eben mit dem Hinweis auf die Interdependenzthese in ihrer strengen Auslegung erledigt.

Nun könnte man sich auf den Standpunkt stellen, daß die Frage insofern nur von begrenzter Bedeutung sei, als die Demokratie eben das oberste Ziel sei, das die so lange geknechteten Völker im Osten Europas anstreben möchten und auch sollten. Die freiheitliche politische Ordnung lasse sich daher nicht zugunsten der Marktwirtschaft instrumentalisieren. Sie sei Ziel und nicht Mittel. Abgesehen davon, daß bei der Demokratie gedanklich das Mehrheitsprinzip und die Rechtsstaatlichkeit auseinanderzuhalten sind, ist damit indessen das Problem, um das es geht, nur vermeintlich gelöst. Die postkommunistischen Staaten befinden sich nämlich in einer ganz besonderen Situation des völligen Neuanfangs: Die alten wirtschaftlichen und politischen Ordnungen sind bankrott, Marktwirtschaft und Demokratie sollen an ihre Stelle treten. Was aber, wenn sich die Demokratie als ungeeignet erweist, um die Marktwirtschaft einzuführen und in ihren keimenden Anfängen zu sichern, umgekehrt aber die Demokratie ohne Marktwirtschaft nicht überleben kann, weil die jeweilige Wirtschaftsordnung in Frage stellt, auch die jeweilige Ordnung zur Disposition frei gibt (vgl. Kaltefleiter, 1990, S. 13)? Horst Siebert (1991, S. 77) hat unlängst überzeugend gezeigt, daß ein Scheitern der Wirtschaftsreform die Gefahr politischer Unruhen und der Rückwendung zu Diktaturen in sich birgt. Wenn nun die Demokratie - verstanden als Herrschaft der Mehrheit - die Marktwirtschaft gefährdet und damit zugleich eine für ihre eigene Dauerhaftigkeit notwendige Bedingung gefährdet, dann stehen wir vor einem eigentlichen "Circulus vitiosus" Demokratie - Unfähigkeit zur Reform - Verarmung - Unruhen - Rück-

kehr zur Diktatur. Es geht also nicht etwa um ein Gegeneinander-ausspielen von wirtschaftlicher und politischer Freiheit, sondern einzig um die Frage, ob man diesen Teufelskreis durchbrechen kann und wenn ja, was zu tun ist, damit dies mit einer möglichst geringen Einbuße - zeitlich und inhaltlich - an Freiheit in einem umfassenden Sinne möglich wird.

- Ausgangspunkt ist dabei - um ein häufiges Mißverständnis von vorneherein zu beseitigen -, daß man bei der Einführung der Marktwirtschaft nicht ohne Staat (welchen Staat auch immer) auskommt und (aus liberaler Sicht) auch gar nicht auskommen soll. Liberalismus ist nicht mit Anarchie zu verwechseln, und kaum einmal ist ein Staat ordnungspolitisch so sehr gefordert wie bei den in den postkommunistischen Staaten anstehenden Transformationsprozessen. Der Vorwurf, man wolle den Konstruktivismus der Planer durch den Konstruktivismus der Reformer ersetzen, scheint insofern nicht berechtigt. Die Marktwirtschaft kann nichts anderes als eine "staatliche Veranstaltung" (Miksch, 1947, S. 12; vgl. auch Schwarz, 1991, S. 232 f.) sein und sich nicht in einem rechtsleeren Raum abspielen. Entscheidend ist lediglich, welche Rahmenbedingungen der Staat setzt und wie detailliert er sie ausgestaltet. Ein liberales Staatsverständnis verlangt wenige, nicht zu detaillierte, aber doch klare und strikte Rahmenbedingungen, welche die Funktionsfähigkeit des Marktsystems gewährleisten. Abzulehnen sind dagegen "Regelungen von Typus einer kurzfristig-punktuellen Symptomtherapie" (Stützel, 1981, S. 354) und laufende interventionistische Eingriffe in den Wirtschaftsprozess. Es kann also le-

diglich um die Frage gehen, welchen Staat es für den Sprung ins kalte Wasser der Marktwirtschaft braucht, ob einen mehr demokratischen oder einen mehr diktatorischen, und nicht um die Frage, ob der Staat überhaupt eine ordnungspolitische Aufgabe habe.

- "Diktatur" muß notwendigerweise ein Reizwort sein - und dies zu Recht. Gemeint ist damit - in Anlehnung an einen der originärsten politphilosophischen Denker der letzten Jahre, Anthony de Jasay (1987, S. 324) - ein Regime, das die Fähigkeit besitzt, sich an der Macht zu halten, ohne permanent immer wieder die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit zu benötigen. Wegen des Reizwortcharakters sei sogleich beigefügt, daß eine Diktatur entweder autoritär oder aber totalitär sein kann und daß im folgenden von autoritären Diktaturen die Rede sein soll. Der Terminus "Totalitär" geht auf Mussolini zurück und war von ihm keineswegs pejorativ gemeint. Er wollte so das Ziel des Faschismus umschreiben: "Nichts gegen den Staat, nichts ohne den Staat, nichts außerhalb des Staates". Die Abgrenzung zum autoritären Regime verdanken wir vor allem Hannah Arendt: Autoritäre Regime lassen wie totalitäre Regime keine politische Opposition zu. Sie lassen aber im Gegensatz zum Totalitarismus freie Entwicklungen außerhalb der politischen Sphäre zu (vgl. Berger, 1986, S. 83f.). Natürlich handelt es sich hier um eine heikle Grenzziehung. Die Gefahr, daß ein autoritäres in ein totalitäres Regime umkippt, besteht permanent. Deswegen ist die Unterscheidung so wichtig. Aus klassischer liberaler Sicht im Sinne Hayeks ist die autoritäre Diktatur vor allem wegen dieser Gefahr des Umkippens zu fürchten, denn für Hayek (1979,

S. 35) stellt der Totalitarismus den Gegenpol zum Liberalismus dar, während er ein autoritäres Regime zwar als Gegenteil der Demokratie ansieht, aber nicht notwendigerweise für unliberal hält.

- Das führt zur zweiten Präzisierung, nämlich jener des Begriffs "Demokratie". Die westlichen Demokratien sind durch zahlreiche Charakteristika gekennzeichnet. Sie reichen von der Volkswahl bis zum Wertpluralismus, vom Rechtsstaatsprinzip bis zum Mehrparteiensystem. Zwei dieser Abgrenzungskriterien haben wir oben ebenfalls hervorgehoben. Vor allem zieht sich aber "durch die ganze politische Ideengeschichte [doch] ... die Gleichsetzung von "Demokratie" mit politischer Gleichheit, Volkssouveränität und der Regierung durch Mehrheiten" (Dahl, 1976, S. 32) und das Verständnis der Demokratie als "Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk" (Abraham Lincoln), als System, bei dem die Regierten in regelmäßigen Abständen in allgemeinen Wahlen nach dem Mehrheitsprinzip die Regierenden bestimmen, oder, wie es Karl Popper (1988) ausdrückt, als "ein Set von Regeln, das es uns erlaubt, die Regierung ohne Gewalt loszuwerden". Es ist dieser Aspekt der Herrschaft der Mehrheit, der für den Transformationsprozeß Probleme schaffen kann.

IV. Vorteile einer autoritären Diktatur für den Systemwechsel

Doch fragen wir zunächst, weshalb die autoritären Regime dort, wo sie mit Blick auf den wirtschaftlichen Systemwechsel erfolgreich, ja vielleicht sogar notwendig waren, reussiert haben oder - anders herum - was ihre spezifischen Eigenschaften sind, die sich auch bei der Einführung der Marktwirtschaft in den postkommunistischen Ländern für günstig, ja allenfalls sogar für praktisch unentbehrlich erscheinen lassen könnten. Es sind dies vor allem vier Charakteristika, nämlich

- die Durchsetzung gegenüber den Partikularinteressen,
- die langfristige Orientierung,
- die Konsequenz und
- die Stabilität.

1. Durchstehvermögen

Die Beseitigung der Erblast des kommunistischen Regimes ist, wie wir alle wissen, vorübergehend für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung mit hohen sozialen Kosten verbunden. Wer von der Mißwirtschaft des Kommandosystems zum Wohlstand gelangen will, den einzig die Marktwirtschaft hervorbringen kann, muß

zuerst eine harte Durststrecke durchstehen. Sobald Regierungen um ihr Überleben fürchten müssen, wenn sie eine unpopuläre Maßnahme ergreifen, führt dies entweder dazu, daß die Maßnahme gar nicht ergriffen wird, oder aber, daß sich die ökonomische Krise zur politischen Krise auswächst. Die Demokratie wird so zum hinderlichen Hemmschuh bei der Einführung der Marktwirtschaft. Und wenn die kurzfristigen oder auch längerfristigen Verlierer im Reformprozeß zahlenmäßig oder sonstwie einflußreicher sind als die Gewinner, dann kann der gesamte Reformprozeß gefährdet werden.

Autoritären Regimen kommt hier ein anderes Durchstehvermögen zu. Offene Arbeitslosigkeit, der Zwang zur beruflichen Neuorientierung, inflationäre Tendenzen im Zusammenhang mit einer Korrektur der massiv verzerrten Preisstrukturen und neue Ungleichheiten nach Jahrzehnten einer gleichmacherischen Ideologie müssen naturgemäß Widerstände hervorrufen. Viele werden, weil für sie die Wende zum Besseren zu langsam erfolgt, der gesicherten Minimalstversorgung durch die Zentralverwaltungswirtschaft nachtrauern oder nach dem Sozialstaat westlicher Prägung rufen, bevor auch nur die Grundlagen dafür geschaffen sind (vgl. Wilczynski, 1991, S. 549). Das, was Anthony de Jasay (1987, S. 324) eine "unsensible Macht" nennt, kann sich in einer solchen Konstellation als großer Vorteil erweisen. Ein autoritäres Regime muß sich in einem gewissen Maße durch Indifferenz gegenüber den Wünschen und Forderungen der Regierten auszeichnen. Das kann in der Situation des Übergangs eine Tugend sein.

Im demokratischen Entscheidungsprozeß ist es dagegen schwierig, Mehrheiten für die unumgehbare Schocktherapie zu finden. Selbst wenn die Einsicht vorhanden ist, liegt der Versuch nahe, die Last der Anpassung auf andere Bevölkerungsgruppen oder künftige Generationen zu verschieben und noch etwas länger auf Pump oder von der Hand in den Mund zu leben. Der Schlamassel, in dem sich die Reformstaaten und erst recht die Sowjetunion heute befinden, wird dadurch nur noch schlimmer, die sozialen Kosten, die man vermeiden möchte, treten später in noch stärkerem Maße auf. Wirklich umgehen lassen sie sich jedoch nicht. Die Geschichte zu spät angegangener und halbherziger Stabilisierungsmaßnahmen in Lateinamerika gibt davon beredtes Zeugnis (vgl. Rostov, 1991).

2. Langfristorientierung

Der neuen politischen Ökonomie verdanken wir zahlreiche Erkenntnisse über das kurzfristige Denken von Politikern in der Demokratie. Autoritäre Regime sind in der Regel auf mehr als nur vier oder fünf Jahre angelegt und sie haben es nicht nötig, sich auf Maßnahmen zu konzentrieren, welche die Chancen für eine Wiederwahl verbessern. Ihr Horizont ist der einer längerfristigen Entwicklung, und genau darin liegt eine ihrer Eignungen für die

Transformation von Wirtschaftssystemen. Der Übergang zur Marktwirtschaft bringt nämlich, wie erwähnt, kurzfristig wohl mehr soziale Kosten als Fortschritte mit sich. Die Früchte des Umwandlungsprozesses sind dagegen, auch wenn es gewisse Anfangserfolge geben mag, erst nach vielen Jahren in einem wirklich spürbaren Ausmaß zu ernten. Es braucht also eine enorme Geduld des Volkes. Wo sie fehlt, läßt sich eine ordnungspolitische Fundamentalreform vermutlich nur mit der Kraft und Macht eines autoritären Regimes durchsetzen.

3. Konsequenz

Es liegt im Wesen eines autoritären Regimes, wesentlich kompromißloser agieren zu können als eine ausgebaute Demokratie, die geradezu die Ordnung des Kompromisses (vgl. Jöhr, 1990, S. 145ff.) darstellt. Nun befindet sich jedoch in einer Situation des Systemwechsels der wirtschaftspolitische Kompromiß in einer permanenten Gefahr, zu einem "Dritten Weg" zu werden, zu einem zum Scheitern verurteilten Kompromiß zwischen Plan und Markt. Es gibt kaum ein prägnanteres Verdikt dieses so verstandenen Dritten Weges als Vaclav Klaus' Warnung, der "Dritte Weg" führe schnurstracks in die Dritte Welt. Diesen Weg gilt es also zu vermeiden, wie überhaupt in einer Phase des Systemumbruchs Kon-

sequenz von besonderer Wichtigkeit ist. Die Bestimmung der Wirtschaftspolitik ist es ja, "die Sachlogik voll zur Geltung zu bringen" (Eucken, 1990, S. 308) und damit für eine Wirtschaftspolitik aus einem Guß zu sorgen, wie dies Walter Eucken immer gefordert hat.

4. Stabilität

Das Wesen der Demokratie besteht, wie erwähnt, in der Möglichkeit des Wechsels der Mehrheiten und damit der Politiken, insbesondere auch der Ordnungspolitik. Ob Sozialisten oder Liberale ein Land regieren, ist für den wirtschaftspolitischen Kurs eines Landes nicht ganz irrelevant. Mit Blick auf die Kontrolle der politischen Macht ist diese Institutionalisierung des Wechsels fundamental und richtig. Sie hat aber den Nachteil einer gewissen Hektik und Unstabilität - und zwar um so mehr, je mehr bei jeder Wahl jeweils auch Grundsätzliches zur Disposition steht. Wenn zwar Wahlen stattfinden, aber 150 von 600 Parlamentariern Söhne von Parlamentariern sind - wie in Japan - oder gar alle Jahre die Regierung wechselt, nie aber die wichtigste Regierungspartei - wie in Italien -, und sich somit nie politisch wirklich etwas ändert, dann ist natürlich auch in der Demokratie Stabilität durchaus gegeben. Investitionen, nach denen die postkommunistischen Staaten so sehr

lechten, zumal industrielle Investitionen - und ganz unabhängig davon, ob inländische oder ausländische -, sind aber in der Regel langfristiger Natur. Sie brauchen also eine gewisse längerfristige Sicherheit und Stabilität. Autoritäre Regime, jedenfalls dann, wenn sie fest im Sattel sitzen, scheinen solche Stabilität zu garantieren. Daß es auf diese Stabilität ankommt und nicht auf das Bestehen eines autoritären Regimes an sich, belegt Lateinamerika, wo in vielen Ländern ein Putsch auf den anderen folgte und die Stabilität deshalb gerade nicht gewährleistet war.

V. Alternativen zur autoritären Diktatur

Stehen wir also vor der höchst unerfreulichen Tatsache, daß wir auf dem Weg vom Totalitarismus zur Demokratie die autoritäre Diktatur nicht vermeiden können und daß wir zur Einführung der Marktwirtschaft einen starken Staat benötigen - ein Übel gewiß, aber eben ein notwendiges Übel?

- Wer hier vor einer bejahenden Antwort entsetzt zurückschreckt, weil er glaubt, daß ein wirklicher Liberaler doch nicht an der Demokratie zweifeln dürfe, der sei daran erinnert, daß gemäß Friedrich A. von Hayek und Herbert Spencer - um nur zwei Kronzeugen zu nennen - der Liberalismus die Beschränkung der Zwangsgewalt jeder Regierung zum Ziel hat, ganz unabhängig davon, ob sie nun demokratisch legitimiert ist oder nicht. Demgemäß kann eine Demokratie liberaler oder weniger liberal sein, ja eine Herrschaft der Mehrheit kann durchaus totalitäre Züge annehmen - etwa wenn die Mehrheit der "Armen" konfiskatorische Steuern beschließt, die von der Minderheit der "Reichen" zu bezahlen sind. Umgekehrt kann, wie erwähnt, eine autoritäre Regierung sehr wohl nach liberalen Prinzipien handeln. Dem Liberalen, kommt es nämlich vor allem auf den Inhalt der Gesetze an, dem Demokraten auf die Art und Weise, wie diese zustande kommen. Deshalb lautet die Schlüsselfrage des Liberalismus "Wie weit reicht die kollektive Entscheidungsmacht?", nicht aber so sehr "Wer übt die Macht aus?" ... Die Forderung nach mehr Demokratie ist dagegen vor allem eine so-

zialdemokratische, seit zehn Jahren auch eine "grün-demokratische", weniger eine genuin liberale" (Bogner, 1991, S. 43). Ein Gesetz braucht also keineswegs allein schon deswegen ein gutes und liberales Gesetz zu sein, weil es von einer Mehrheit verabschiedet wurde. Wir im Westen wissen davon ein Lied zu singen

- Eine zweite, in diesem Zusammenhang relevante Überlegung hat unlängst Peter Bernholz (1991, S. 241 ff.) angestellt. Er stellt die Frage, ob und allenfalls unter welchen Umständen eine freie Gesellschaft Zwang anwenden darf und soll, und kommt zum Schluß, daß dies nur gegenüber Menschen legitim ist, die versuchen, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit abzuschaffen und/oder einen selbständigen höchsten Wert neben oder statt der Freiheit durchzusetzen. Weil zu einer freien Gesellschaft ganz zentral wirtschaftliche Freiheiten - der Schutz des Privateigentums und die Freiheit unternehmerischen Tuns - gehören, ergibt sich daraus, daß bei der Schaffung einer freien, marktwirtschaftlichen Ordnung der Einsatz von Zwang zumindest nicht von vorneherein von der Hand zu weisen ist.

- Schließlich sollte drittens die Auseinandersetzung mit dem Autoritarismus zur Einführung der Marktwirtschaft insofern leichter fallen, als, wie erwähnt, die Marktwirtschaft selbst ein noch so autoritäres Regime mit der Zeit unweigerlich unterminiert und somit zur Demokratie führt (vgl. Schwarz, 1990, S. 39). Ein autoritäres Regime, das sich der Marktwirtschaft verschreibt, sorgt also ganz automatisch für die zeitliche Begrenzung der eigenen Macht. Es ist strukturell instabil. Mit solchen Argumenten ge-

wappnet sollten wir uns aber dennoch nicht einfach fatalistisch in die so plausible und zudem empirisch geradezu erdrückend untermauerbare Erkenntnis schicken, daß offenbar auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft fast nichts an einem autoritären Regime vorbeiführt. Da der in der ökonomischen Theorie so beliebte wohlmeinende Diktator (benevolent dictator) in der Realität kaum existiert und weil es gleichzeitig wohl keine größere Versuchung gibt als jene der Macht (vgl. Nutter, 1983, S. 20), stellt sich vielmehr die Frage, ob die von einer autoritären Diktatur zu erzielenden Resultate nicht auch anders erreichbar sind. Das kurze Streiflicht auf die für den Erfolg der Transformationsprozesse relevanten Charakteristika einer Entwicklungsdiktatur hat gezeigt, daß es auf diese Eigenschaften und nicht auf die Machtausübung mit diktatorischen Mitteln ankommt. Schließlich war ja Ludwig Erhard de Jure, also rein formalistisch gesehen, aber auch de facto alles andere als ein Diktator - er besaß nur wesentlich mehr Machtfülle, als sie heute in westlichen Regierungen in der Regel einem Wirtschaftsminister zukommt. Wenn also außerhalb einer autoritären Diktatur im engeren Sinne Bedingungen geschaffen werden könnten, die in die oben beschriebene Richtung zielen, dann löste sich das vermeintliche Dilemma unter Umständen auf. Man brauchte dann als Anhänger der freien Marktwirtschaft nicht - gewissermaßen als Ausdruck der Verzweiflung - nach einer "autoritären Diktatur" zu rufen; sondern vielleicht nur nach einer "autoritären Demokratie" oder - ein weniger aufreizender Terminus - nach einer "beschränkten Demokratie", um so die notwendige, wenn auch in keiner Wei-

se hinreichende Bedingung für die Einführung einer Marktwirtschaft zu schaffen.

Welches sind nun solche "diktaturähnliche" Bedingungen, die es erlauben, zwar die für den Systemwechsel wichtigen positiven Eigenschaften einer autoritären Diktatur zu fruktifizieren, dabei aber doch die diktatorische Willkür vermeiden helfen? Es sind vor allem sechs solche Bedingungen oder Eigenschaften zu nennen:

- natürliche Autorität und Charisma eines Führers
- Legitimität der Führung
- Vertrauen der Bevölkerung in die Führung
- weitgehender Konsensus der Bevölkerung
- Kleinheit der politischen Einheiten
- eine "autoritäre Verfassung"

1. Autorität und Charisma

Die Autorität einer Regierung muß nicht notwendigerweise auf militärischer Macht und staatlich garantierter Machtfülle basieren. "Il Duce" und "Der Führer" haben das, was man heute auf gut deutsch als "Leadership" bezeichnet, in den Augen vieler ein für allemal diskreditiert. Sie haben in extremis gezeigt, wie weit der Mißbrauch diktatorischer Macht gehen kann. Versteht man aber unter Leadership eher "die Bereitstellung des öffentlichen Gutes

der Verantwortlichkeit" (Kindlebergen, 1991, S. 25), dann können natürliche Autorität und Charisma einer Persönlichkeit - denken wir etwa an Lech Walesa oder Vaclav Havel - ein autoritäres Regime sehr wohl ergänzen beziehungsweise teilweise ersetzen. Damit dies zum Nutzen der Marktwirtschaft - und damit der Freiheit - ist, müssen diese "Führer" aber entweder selbst klare ökonomische Vorstellungen haben oder sich, wie beim "Gespann" Adenauer-Erhard, auf die richtigen Ratgeber abstützen. Unter dieser Voraussetzung kann es solchen Persönlichkeiten gelingen, die unabdingbaren Reformen rasch und konsequent durchzusetzen, ohne den Protest der Straße heraufzubeschwören. Charisma und Glaubwürdigkeit - verbunden mit den nötigen Anstrengungen, von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu überzeugen - machen es möglich, eine Bevölkerung für radikale, aber notwendige Maßnahmen zu gewinnen. Selbstverständlich kann solche Autorität auch von außen gestärkt werden durch die internationale Anerkennung einer Person und ihrer Politik. Durch solche Unterstützung der richtigen Leute könnte der Westen vermutlich mehr für die Reformen tun als mit Milliarden Dollars.

2. Legitimität

Auf Kant geht die These zurück, daß es für eine internationale Friedensordnung mehr auf die innenpolitische Legitimität eines Regimes als auf die Demokratie ankomme (vgl. Kaltefleiter, 1991, S. 15). Das gilt analog auch für die hier anvisierten Transformationsprozesse. Aus der Forderung nach Legitimität wird sofort klar, daß ein autoritäres Regime nicht einmal zu Teilen auf der alten Nomenklatura aufbauen sollte. In der Regel kommt Legitimität sicher eher einem demokratischen Regime zu als einem autoritären. Es gibt aber Situationen, in denen sich autoritäre Regime einer hohen Legitimität erfreuen können, nämlich dann; wenn sie ein diskreditiertes Regime ablösen. Es kann sich beim Vorgängerregime um eine gescheiterte Demokratie ohne Rechtssicherheit und Stabilität handeln oder um eine totalitäre Diktatur, gegenüber der sich das autoritäre Regime positiv abhebt.

3. Vertrauen

Die Menschen in den postkommunistischen Ländern wurden in ihrem Leben schon mehrfach enttäuscht. Die Versprechungen von Reformen haben sich nie wirklich bewahrheitet. Das Vertrauen

in die Verkünder neuer Heilslehren - und sei es auch jene von Adam Smith - ist deshalb sicher mit einer gesunden Portion Skepsis durchsetzt und nicht leicht zu gewinnen. Wer dieses Vertrauen aber besitzt, kann schmerzhaft und riskante Operationen vermutlich mit mehr Aussicht auf Erfolg vornehmen als der autoritäre Diktator.

Vertrauen fußt nicht zuletzt auf Ehrlichkeit. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft den Menschen reinen Wein einzuschenken und ihnen nicht das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen. Wer, wie der polnische Finanzminister Leszek Balcerowicz bei der Ankündigung seines Reformprogramms am 12. Dezember 1989, den Bürgern erklärt, daß es ihnen nun zunächst einmal schlechter gehen werde und erst dann in kleinsten, ungefähr terminierten Schritten besser (vgl. Bingen, 1990, S. 47ff.); und wer das Glück hat, daß dies halbwegs eintrifft, vermag die Bevölkerung auch ohne außerordentliche Vollmachten hinter sich zu scharen. Diese Ankündigung von "Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß" hat außerdem einen zweiten Vorteil: Sie hält die Erwartungen tief und trägt so dazu bei, daß die ersten, noch so schwachen Fortschritte, welche der Systemumbau bringt, Auftrieb geben, anstatt zu frustrieren (vgl. Etzioni, 1991, S. 10).

4. Konsens

Wenn in einer Gesellschaft alle das gleiche wollen, braucht es keine Durchsetzung von Zielen durch staatliche Gewalt. Eine solche Situation muß indessen utopisch bleiben: Immerhin: je mehr gewisse Grundüberzeugungen von einem überwiegenden Teil der Bevölkerung - und nicht nur von einer knappen Mehrheit - geteilt werden, und je stärker in der aktuellen Situation des Übergangs vom Plan zum Markt die (wirtschafts) politischen Ziele gewissermaßen ein Allgemeingut darstellen, desto leichter vermag auch eine demokratische Regierung eine konsequente Reformpolitik zu betreiben. Allerdings können es sich die ehemaligen Comecon-Länder in der jetzigen drängenden Übergangssituation nicht leisten, diesen Konsens erst zu suchen. Er muß bereits gegeben sein, wie dies in Polen unter der Regierung Mazowiecki weitgehend der Fall war. Wo der Konsens dagegen erst mühsam im demokratischen Prozeß errungen werden will, wie etwa in Ungarn, erfolgt genau jene Verzögerung, ja Lähmung, deren Vermeidung zu den positiven Seiten eines autoritären Regimes gehört. Ein solcher nationaler Konsens kann durch die ethnische Homogenität einer Gesellschaft begünstigt werden, wenn diese auch weder notwendig noch hinreichend ist. Vielleicht hat der wirtschaftliche Erfolg Japans unter anderem mit dieser relativen Homogenität zu tun. Auch äußerer Druck kann die nationale Einigkeit verstärken. Hier ist nicht an das Zusammenhalten aller Kräfte gegen einen äu-

ßeren Feind gedacht, sondern daran, daß konditionierte Hilfe oder der sanfte Druck etwa eines Internationalen Währungsfonds dazu beitragen könnten, divergierende Strömungen etwas zu einen. Ebenfalls einem nationalen Konsens förderlich kann - so zynisch dies aus dem Munde eines vom Wohlstand verwöhnten Westeuropäers klingen mag - der Leidensdruck der Bevölkerung sein. Wo es wirklich nichts mehr zu verlieren gibt oder die Situation in höchstem Maße krisenhaft ist, bringt eine Bevölkerung vielleicht auch im demokratischen Prozeß die Einigkeit, Entschlossenheit und Härte auf, die es braucht, um sich selbst Opfer aufzuerlegen. Alle großen ordnungspolitischen Reformen erfolgten jedenfalls nach Kriegen und Krisen - und nicht aus Wohlstandssituationen heraus.

5. Kleine politische Einheiten

Weil nationale Spannungen ebenso wie die schiere Größe eines Landes es schwieriger machen, die Bevölkerung wirklich geschlossen hinter einem Systemumbau zu versammeln, sind kleine staatliche Einheiten vermutlich von Vorteil. Leopold Kohr (1941), ein "Philosoph der Kleinheit", hat am 26. September 1941 in der kanadischen Zeitschrift "The Commonweal" einen Artikel veröffentlicht, der damals wie heute gegen den herrschenden geistigen

Trend verlief und für die "Kleinstaaterei" - wie es im Deutschen etwas pejorativ heißt - plädiert. Kleine Staaten sind nicht nur demokratischer, weil in ihnen die Souveränität des Individuums weniger leicht durch die Anonymität der Bürokratie aufgesogen wird, sondern sie haben auch mit Blick auf den Systemübergang Vorteile. Sie erleichtern die Stabilität eines Landes, sind weniger der Gefahr von zu stark kontrastierenden Partikularinteressen ausgesetzt und dürfen raschen, konsequenten Entscheiden entgegenkommen. Wo nicht neben den verschiedensten Schichten und Berufsgruppen auch noch auf unterschiedlichste Regionen, Völker und Religionen Rücksicht genommen werden muß, dürfte das Experiment Marktwirtschaft leichter, schneller und konsequenter durchführbar sein. Zumindest unter diesem Blickwinkel sind daher die neu erwachenden Nationalismen im Osten und Süden Europas kaum negativ zu beurteilen. Sofern sie sich außerdem in förderativen Strukturen auffangen lassen oder friedliche Formen der "Zersplitterung" zustande bringen, dürften sie auch friedenspolitisch nicht allzu problematisch sein.

6. Eine "autoritäre" Verfassung

Spricht man von einem autoritären Regime, so kann man darunter naturgemäß vieles verstehen. Während an einem, extremen

Ende der Bedeutungsskala die autoritäre Diktatur anzusiedeln ist, steht am anderen Ende schlicht und einfach eine starke präsidentielle Regierungsform, also das, was wir als autoritäre Demokratie bezeichnen. Im Sinne der letzteren Interpretation kann man versuchen, innerhalb eines demokratischen Systems - von dem es ja sehr viele Varianten gibt - jene Eigenschaften zurückzudämmen, welche sich beim Systemumbau als nachteilig erweisen, und umgekehrt jene Aspekte zu stärken, welche vorteilhaft sind. Es geht somit etwa um Verfassungsbestimmungen, welche die lange Frist und die Stabilität betonen. Zu denken ist dabei an eine Art Präsidialdemokratie nach französischem Muster, an eine lange Amtszeit des Präsidenten oder der Regierung von beispielsweise sechs oder sieben Jahren - damit nicht schon zwei Jahre nach der Wahl alle Entscheide hauptsächlich unter wahltaktischen Gesichtspunkten getroffen werden - oder an stabilitätsfördernde Systemelemente wie die Fünf-Prozent-Hürde für im Parlament vertretene Parteien (vgl. auch Jöhr und Schwarz, 1980, S. 31), eventuell das Majorwahlsystem oder die Bestimmung des Wahltermins durch die amtierende Regierung. In Richtung Konsequenz, Schnelligkeit des Entscheids und Durchstehvermögen zielen jene Ermächtigungsgesetze, die - wie im Falle Erhards - die Entscheidungskompetenz weg von der parlamentarischen Ebene auf die exekutive Ebene verlagern. Gleichzeitig müssen natürlich im Falle einer solchen autoritären Verfassung die inhaltlichen Entscheidungsmöglichkeiten der staatlichen Macht durchaus beschränkt werden. Eine Verfassung, welche die Macht des Staates stärkt, darf und braucht

diese Macht nicht in allen Belangen zu stärken. Vielmehr muß diese Macht in einigen fundamentalen Menschenrechten sowie in rechtsstaatlichen Grundsätzen ihre Grenzen finden.

Die Verfassung kann ihre Grenzen auch, wie dies Cass R. Sunstein (1991, S. 371 ff.) vorschlägt, in einer "economie bill of rights" innerhalb der Verfassung finden. Damit würde die Verfassung selbst dann jene Aufgabe erfüllen, die sonst Ermächtigungsgesetze und autoritäre Verfassungselemente erfüllen müßten, nämlich dem Mehrheitsprinzip Grenzen zu setzen und seine die Marktwirtschaft zerstörenden Aspekte - die sich allenfalls reife Industriegesellschaften, nicht aber Staaten im Übergang leisten können - in Schranken zu weisen. Man könnte dann statt von einer autoritären auch einfach von einer beschränkten Demokratie sprechen. Was beide Formen verbindet, ist die Einschränkung des Mehrheitsprinzips.

VI. Eine autoritäre Demokratie?

Die genannten sechs Bedingungen begünstigen sich gegenseitig, sie können sich zum Teil sogar ersetzen und sie ergänzen sich jedenfalls. Kleine Einheiten erleichtern den Konsens, und Legitimation und Vertrauen gehören zusammen. Dort, wo der nationale Zusammenhalt besonders groß ist, kommt eine Regierung vielleicht eher ohne eine alles einigende, weil alles überragende Persönlichkeit aus. Und je mehr Bedingungen erfüllt sind, desto besser ist es wohl. Allerdings lassen sich keineswegs alle genannten Bedingungen durch den Staat, also von oben, verordnen. Sie sind nicht politisch "machbar". Das ist ihr Nachteil. Es ist lediglich realistisch, zu erkennen, daß die Geschichte - den Konstruktivisten aller Länder sei es ins Stammbuch geschrieben - nicht ohne Glücksfälle auskommt. Ob der charismatische, und doch nicht machtgierige Politiker, das Vertrauen der Bevölkerung in eine Regierung, die weiß, was sie will, oder der durch ethnische Homogenität und Leidensdruck geförderte nationale Konsens - es ist kaum das Verdienst des jeweiligen Landes oder seiner Politik, wenn all dies zusammentrifft.

Einzig die autoritäre Verfassung - und in einen gewissen Sinne auch die Größe der politischen Einheiten - ist "machbar". Stellt man sich jedoch die Frage, wie man zu dieser autoritären Verfassung kommt, landet man rasch bei einem neuerlichen Paradox. Sollte der Souverän den schmerzhaften Entscheid für ein trotz aller

Machtbegrenzung autoritäres Regime treffen, so fragt man sich, weshalb der gleiche Souverän nicht auch die Kraft aufbringen sollte, im demokratischen Prozeß die nötigen Schritte in Richtung Marktwirtschaft einzuleiten. Weder der Kontraktualismus Buchanans noch der Schleier der Unwissenheit eines Rawls vermögen da eine Lösung zu bringen (vgl. Meltzer, 1991, S. 4) - und ein Putsch irgendwelcher Art kann das schon gar nicht leisten. So bleibt denn aus allem bisher Gesagten nur die fast fatalistische Erkenntnis, daß ein "autoritäres" Regime jedenfalls - wie immer es entstanden sein mag - auf lange Frist für Freiheit und Wohlstand eines Landes nicht notwendigerweise negativ sein muß und daß es seine Gunst der Stunde wohl noch am ehesten unmittelbar nach einer echten Krise finden kann.

Wenn hier beim Systemwechsel von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft das "Lob" eines "sanften Autoritarismus" und einer autoritären oder beschränkten Demokratie gesungen wird; dann weder aus einem Mangel an politischem Freiheitsbewußtsein, noch aus der Ablehnung der These von der unteilbaren Freiheit. Weil die Demokratie, also eine freiheitliche, auf Volkswahl und Rechtsstaatlichkeit basierende Ordnung, auf Dauer nur gesichert werden kann, wenn auch im wirtschaftlichen Bereich Freiheit herrscht, also das existiert, was wir Marktwirtschaft nennen, ist die Einführung einer umfassenden und konsequenten Marktwirtschaft in Ostmitteleuropa so außerordentlich zentral. Sofern sich diese Einführung mit demokratischen Mitteln nicht bewerkstelligen läßt - und dafür gibt es wie gesagt viele Indizien -

muß im langfristigen Interesse der politischen Freiheit eben diese Freiheit kurzfristig eingeschränkt werden. Ökonomen ist eine solche Überlegung durchaus geläufig. Das politische Wellental entspricht dem ökonomischen, das auf dem Weg zu mehr Wohlstand ebenfalls durchschritten werden will. Und der Ordoliberalismus hat das (scheinbare) Paradox längst erkannt und akzeptiert, indem er nicht nur für die Einführung, sondern auch für die Aufrechterhaltung der Sozialen Marktwirtschaft seit je eine starke Regierung - und zwar eine athletische, nicht aber eine fette Regierung - für nötig hält (vgl. Dürr, 1991, S. 25). Marktwirtschaft und Demokratie also in der Tat eine Haßliebe? Wohl doch eher eine Liebe mit ihren Spannungen, ihren Höhen und Tiefen, aber ohne Haß; gewiß jedoch nicht jene blind machende Verliebtheit, welche nur naive Idealisten für dauerhafte Realität halten - und von der wir dennoch alle, wenn wir ehrlich sind, manchmal träumen.

Literatur

- Berger, Peter L., *The Capitalist Revolution. Fifty Propositions about Prosperity, Equality, and Liberty*, New York 1986.
- Bernholz, Peter, "Notwendige Bedingungen für Totalitarismus: Höchste Werte, Macht und persönliche Interessen", in: Gerard Radnitzky und Hardy Bouillon (Hrsg.), *Ordnungstheorie und Ordnungspolitik*, Berlin, Heidelberg, New York und andere 1991, S. 241 ff.
- Bingen, Dieter, *Vorgeschichte und Phasen des Systemwechsels in Polen 1989*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 34, Köln 1990.
- Bogner, Horst Wolfgang, "Mehr Macht für den Bürger?", *Reflexion*, Nr. 26, Dezember 1991, S. 43ff.
- Borchardt, Knut, "Blick auf die deutsche Wirtschaftsreform von 1948", *Zuschrift in Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 32 (1992), S. 21.
- Brahm, Heinz, und Roland Götz-Coenenberg, Dieter Heinzig, Gerhard Simon, *Die Sowjetunion Anfang 1991: Zurück zur Diktatur?*, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Sonderveröffentlichung), Köln, Januar 1991.
- Brus, Wladimir, und Kasimir Laski, *From Marx to the Market*, Cambridge (England) 1989.
- Cannadine, David (Hrsg.), *Blood, Toil, Tears and Sweat - Winston Churchill's famous speeches*, London 1989.

- Dahl, Robert A., *Vorstufen zur Demokratie - Theorie*, Tübingen 1976.
- Dahrendorf, Ralf, *Betrachtungen über die Revolution in Europa*, Stuttgart 1990.
- Downs, Anthony, *Ökonomische Theorie der Politik*, Tübingen 1968.
- Dürr, Ernst (Hrsg.), *Soziale Marktwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern*, Bern und Stuttgart 1981.
- Erhard, Ludwig, *Gedanken aus fünf Jahrzehnten: Reden und Schriften*, Düsseldorf 1988.
- Etzioni, Amitai, "Eastern Europe: The Wealth of Lessons", *Challenge*, Vol. 34, No. 4 (Juli/August 1991), S. 4ff.
- Eucken, Walter, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6. Aufl., Tübingen 1990, Erstveröffentlichung 1952.
- Friedman, Milton und Rose Friedman, *Free to choose*, New York 1980.
- Graf, Hans Georg, Francesco Kneschaurek und Daniel Mettler, *Konjunktur und Perspektiven 1992*, St. Gallen 1991.
- Greenwood, John, *Freedom and Prosperity in the East and the West: The Equation with Capitalism and Socialism*, Rede an der Jahrestagung der Mont Pelerin Society 1988 in Tokio und Kyoto.
- Hayek, Friedrich August von, *Der Weg zur Knechtschaft*, 3. Aufl., Erlechenbach-Zürich 1952.
- Hayek, Friedrich August von, *Liberalismus*, Tübingen 1979.

- Hermens, Ferdinand A., *Democracy or Anarchy?*, Notre Dame (Ind.) 1941; Deutsche Ausgabe: *Demokratie oder Anarchie*, Frankfurt 1951.
- Huntington, Samuel P., *Political Order in Changing Societies*, London 1968.
- Informedia-Stiftung (Hrsg.), *Demokratie und Marktwirtschaft - ein Kuppelprodukt?*, Köln 1989.
- Jasay, Anthony de, "Pour une tyrannie paresseuse", *Commentaire*, Vol. 10 (1987), S. 324ff.
- Jöhr, Walter Adolf, "Der Kompromiß als Problem der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsethik" (1958), in: Walter Adolf Jöhr, *Der Auftrag der Nationalökonomie: Ausgewählte Schriften*, Tübingen 1990, S. 145ff.
- Jöhr, Walter Adolf, und Gerhard Schwarz, "Wirtschaft und Politik II: Ursachen und Gestaltungsprobleme", *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Stuttgart u.a. 1980, Bd. 9, S. 12ff.
- Kaltesfleiter, Werner, "Politische Ordnung und Wirtschaftsordnung", *Trend-Thema*, März 1990, S. 12ff.
- Keynes, John Maynard, *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, London 1936, Reprint 1951.
- Kindleberger, Charles P., "Crashes, Crises, and Moral Capital" (Ein Interview), *Challenge* Vol. 34 (1991), No. 4, S. 23ff.
- Kirsch, Guy, *Das freie Individuum und der dividierte Mensch: Der Individualismus - von der Norm zum Problem*, Baden-Baden 1990.

- Klaus, Vaclav, Vortrag an der Jahrestagung der *Mont Pelerin Society* in München, September 1990.
- Kleinewefers, Henner, *Grundzüge einer verallgemeinerten Wirtschaftsordnungstheorie*, Tübingen 1988.
- Kljamkin, Igor, "Der sowjetische Weg zu Markt und Demokratie", *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52-53, 20. Dezember 1991, S. 3ff.
- Kohr, Leopold, "Disunion Now. A Plea for a Society Based upon Small Autonomous Units", *The Commonweal*, 26. Sept. 1941.
- Kornai, Janos, *The Road to the Free Market*, New York 1990.
- Lee, Kuan Yew, Interview "A map up here, in the mind", *The Economist*, 29. Juni 1991, S. 19.
- Linder, Willy, "Demokratie und Marktwirtschaft - ein Kuppelprodukt? Eine Handvoll Bemerkungen zum Fall der VR China", in: Informedia-Stiftung (Hrsg.), *Marktwirtschaft und Demokratie - ein Kuppelprodukt?*, Köln 1989, S. 107ff.
- McCracken, Paul W., "Just try to get there from here", *Wall Street Journal/Europe*, 10. August 1989, S. 6.
- Meltzer, Allan H., "Droits de vote et redistribution: les effets sur les gouvernements libéraux et démocratiques", *Revue des Etudes Humaines*, Bd. 2 (1991), Nr. 5, S. 3ff.
- Miksch, Leonhard, *Wettbewerb als Aufgabe. Grundsätze einer Wettbewerbsordnung*, 2. Aufl., Godesberg 1947.
- Müller-Armack, Alfred, "Stil und Ordnung der sozialen Marktwirtschaft" (1952), in: derselbe, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Bern 1976.

- Nutter, Gilbert W., *Political Economy and Freedom: A Collection of Essays*, Indianapolis 1983.
- Oplatka, Andreas, "Prags Ruf nach Freiheit", *Neue Zürcher Zeitung*, 25. November 1989 S. 1.
- Polybios, *Geschichte*, Gesamtausgabe in 2 Bänden, Zürich und Stuttgart 1961/63.
- Popper, Karl, "The Open Society and its Enemies Revisited", *The Economist*, 23. April 1988, S. 25ff.
- Popper, Karl, Interview mit A. Migranyan, *Moscow News*, Nr. 46 (1990).
- Propp, Peter Dietrich, *Zur Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs in eine Marktwirtschaft*, Berlin 1964, Nachdruck Köln 1990.
- Rapold, Max U., *Demokratie und Wirtschaftsformung. Ein Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung*, Zürich 1958.
- Röpke, Wilhelm, *Civitas Humana - Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*, 4. Aufl., Bern und Stuttgart 1979.
- Rostov, David E., "Lessons for Eastern Europa from Latin America's Experience with Austerity", *Leadership - The Changing Callenges*, Studenten-Essay-Wettbewerb des 21. Internationalen Management-Gesprächs, St. Gallen 1991, S. 9ff.
- Rüstow, Alexander, *Rede und Antwort*, Ludwigsburg 1963.
- Schlecht, Otto, *Die Vereinbarkeit von politischer und wirtschaftlicher Ordnung*, Tübingen 1986, Original 1950.

- Schlecht, Otto, *Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft*, Tübingen 1990.
- Schrettl, Wolfram, "Transition in Depression. Sovier Monetary Issues", Osteuropa Institut München, Working Paper, Nr. 140 (1990).
- Schumpeter, Joseph A., *Capitalism, Socialism, und Democracy*, New York 1942; Deutsche Ausgabe: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946.
- Schwarz, Gerhard, "Liberale Böe oder Brise: Wie dauerhaft ist Frankreichs wirtschaftspolitische Wende?", *Außenwirtschaft*, Bd. 38 (1983), S. 141 ff.
- Schwarz, Gerhard, "Limitations to the Interdependance of Systems", in: Kurt Dopfer und Karl F. Raible (Hrsg.), *The Evolution of Economic Systems*, London 1990, S. 32ff.
- Schwarz, Gerhard, "Die ordnungspolitische Verwahrlosung der Schweiz", in: Gerard Radnitzky und Hardy Boullion (Hrsg.), *Ordnungstheorie und Ordnungspolitik*, Berlin u.a. 1991, S. 221ff.
- Siebert Horst, "Interest Rates are only Part of the Picture", *World Link*, Heft 4, 1991, S. 77.
- Sik, Ota, Der "Dritte Weg" als verbesserte Marktwirtschaft: Absage an einen ordnungspolitischen Mischmasch", *Neue zürcher Zeitung*, Nr. 287 (1991), S. 39.
- Spencer, Herbert, *The Man versus The State*, London 1940, Erstveröffentlichung 1884.

- Sreissler, Erich, "Soziale Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie - Die ökonomischen Aspekte, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), *Soziale Marktwirtschaft und Parlamentarische Demokratie*, Stuttgart und New York 1990, S. 7ff.
- Stützel, Wolfgang, "Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft durch konsequente Ordnungspolitik" (1978) in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion*, Stuttgart 1981, S. 341 ff.
- Sunstein, Cass R., "Constitutionalism, Prosperity, Democracy: Transition in Eastern Europe", *Constitutional Political Economy*, Vol. 2 (1991), S. 371ff.
- Wade, Robert, *Governing the Market: Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialisation*, Princeton 1991.
- Watrín, Christian, *Der Weg zur Freiheit*, Freiburg i.Br. 1991.
- White, Gordon, "Democracy and Economic Reform in China.", *Institute of Development Studies, Discussion Paper*, Nr. 286, April 1991.
- Wilczynski, Waclaw, "Der Übergang ost- und südosteuropäischer Länder von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft am Beispiel Polens. Aufgaben, Dilemmas, Hindernisse", *Österreichische Osthefte*, 32. Jg. (1991), S. 531.